

Wahlprogramme Sozialpolitik | 29.08.2013 | Lesezeit 3 Min.

Parteien stellen die Systemfrage

Im September stimmen die Bundesbürger auch über den Kurs in den Sozialversicherungen ab. In der Gesundheitspolitik etwa stellen SPD, Grüne und DIE LINKE eine Bürgerversicherung zur Wahl. Das bedeutet zwar mehr Geld im System – mindert aber die Sparanreize.

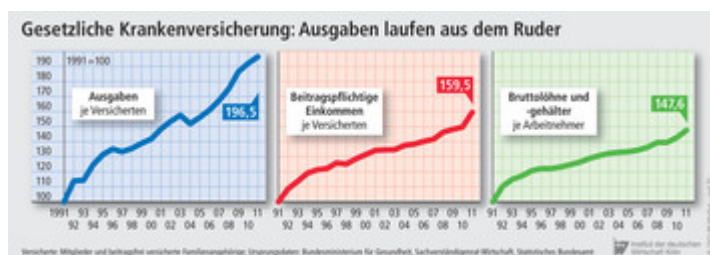
	CDU CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 Die Grünen	DIE LINKE
Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung: Mehr offene Fragen als Antworten					
Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)/Private Krankenversicherung (PKV)					
System	• Status quo	• Status quo	• Bürgerversicherung	• Bürgerversicherung	• Bürgerversicherung
Versicherungspflicht	• Abhängig Beschäftigte und Rentner mit beitragspflichtigen Einkommen bis zur Versicherungspflichtgrenze sowie freiwillig Versicherte • Erhalt PKV		• Bisher GKV Versicherte, Neuversicherte; PKV Versicherte haben ein Jahr Wechsrecht in die GKV • Auslaufen der PKV-Vollversicherung	• Alle Bürger • Abschaffung PKV-Vollversicherung	• Alle Bürger • Abschaffung PKV-Vollversicherung
Beitragsfinanzierung	• Beitragsfinanzierung, gegebenenfalls Zusatzprämie, Steuerzuschuss für versicherungsfremde Leistungen	• Beitragsfinanzierung, gegebenenfalls Zusatzprämie • Beitragsautonomie der Kassen (Zusatzprämie)	• Einbeziehen weiterer Einkommensarten über höheres Stuerschwellen; Arbeitgeberbeitrag ohne Beitragsbemessungsgrenze • Beitragsautonomie der Kassen	• Beitragspflicht für alle Einkommensarten; Anheben der Beitragsbemessungsgrenzen auf das Niveau der Rentenversicherung • Beitragsatzautonomie der Kassen • Beschränkung der beitragsfreien Mitversicherung Erwachsener auf Erziehende und Pflegenden	• Beitragspflicht für alle Einkommensarten; keine Beitragsbemessungsgrenzen
Sonderbeitrag für Arbeitnehmer	• Weiterhin 0,9 Prozent	• Weiterhin 0,9 Prozent	• Abschaffung (Arbeitgeber-Beitrag steigt um rund 5 Milliarden Euro)	• Abschaffung (Arbeitgeber-Beitragssatz steigt um 0,45 Punkte, Arbeitnehmer-Beitragssatz sinkt um 0,45 Punkte)	• Abschaffung (Arbeitgeber-Beitragssatz steigt um 0,45 Punkte, Arbeitnehmer-Beitragssatz sinkt um 0,45 Punkte) • Abschaffung aller Zuschläge
Soziale Pflegeversicherung					
System	• Status quo	• Status quo	• Bürgerversicherung	• Bürgerversicherung	• Öffentliche Daseinsvorsorge
Versicherungspflicht	• Freiwillig und pflichtversicherte Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung		• Siehe Krankenversicherung	• Siehe Krankenversicherung	• Abschaffung der sozialen Pflegeversicherung
Finanzierung	• 2,05 Prozent des beitragspflichtigen Entgelts (z.B. Bruttogehalt oder gesetzliche und betriebliche Renten bis zur Beitragsbemessungsgrenze)		• Beitragsatz plus 0,5 Punkte auf 2,55 Prozent erhöhen	• Siehe Krankenversicherung	• Über den Staatshaushalt (allgemeine Steuermittel)
Leistungsseite	• Überarbeitung des Pflegebegriffs				

Krankenversicherung. Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gehen offenbar davon aus, dass die bislang privat Versicherten in das gesetzliche System zwangsintegriert

werden können. Ziel ist eine Einheits- oder – gefälliger formuliert –
Bürgerversicherung. Die mit dem Systemwechsel verbundenen Probleme wären indes
immens.

SPD lockt mit Wechselrecht

Die Altersrückstellungen der Privaten Krankenversicherung (PKV) gehören der
Versichertengemeinschaft – für medizinische Leistungen und Pflege waren das 2011
zusammen mehr als 168 Milliarden Euro. Eine Zurechnung auf einzelne Mitglieder der
PKV ist nicht möglich, die individuelle Auszahlung scheidet deshalb aus. Umgekehrt
kann der Kapitalstock aber auch nicht auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)
übertragen werden. Das käme einer Enteignung gleich.



Deshalb schlägt die SPD vor, die Bürgerversicherung nur für alle Neuversicherten
verpflichtend einzuführen. Den bislang privat Versicherten wird für ein Jahr ein
Wechselrecht eingeräumt – in der Hoffnung, dass möglichst viele das nutzen. Geht das
Kalkül auf, wäre die PKV rasch am Ende. Dass viele Versicherte das Wechselrecht in
Anspruch nehmen, ist jedoch unwahrscheinlich. Denn entscheidet sich ein privat
Versicherter für die gesetzliche Alternative, bleiben seine bis dato gesammelten
Altersrückstellungen in der PKV. Das wird alle freuen, die nicht wechseln, für sie wird
die PKV billiger. Der Wechsel lohnt sich also nur für jene, die sich unter dem Dach von
AOK & Co. günstiger stellen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Kinder und nicht
erwerbstätige Ehepartner beitragsfrei mitversichert werden können. Ob sich der
Systemwechsel dann aber für die gesetzliche Solidargemeinschaft rechnet, steht in
den Sternen.

Darüber hinaus wollen die drei Oppositionsparteien den Sonderbeitrag für
Arbeitnehmer von 0,9 Prozent des Bruttolohns abschaffen. Dann müssten Arbeitgeber
zukünftig einen um 0,45 Prozent höheren Beitrag zahlen. Am Ende würden die
Lohnzusatzkosten für die Firmen um rund 5 Milliarden Euro steigen.

Firmen sollen mehr zahlen

Schon dieses eine Beispiel zeigt, dass unter dem Strich die Beitragslast lediglich umverteilt wird. Dabei leidet die GKV eigentlich unter einem überproportional starken Ausgabenanstieg (Grafik):

Seit 1991 sind die GKV-Ausgaben pro Kopf um 97 Prozent gestiegen – weitaus stärker als die beitragspflichtigen Einkommen.

Gesetzliche Rentenversicherung: Vereint in der Fehldiagnose

	CDU CSU	FDP	SPD	Grüne	DIE LINKE
Mindestrente	• Lebensleistungsrente		• Solidarrente	• Garantierente	• Solidarische Mindestrente
Rentenhöhe	• 850 Euro/Monat		• 850 Euro/Monat	• Mindestens 850 Euro/Monat	• 1.050 Euro/Monat netto
Voraussetzung	• 40 Versicherungsjahre (einschließlich Erziehung/Pflege)		• 40 Versicherungsjahre (einschließlich Erziehung/Pflege/Arbeitslosigkeit)	• 30 Jahre „dem Arbeitsmarkt aktiv zur Verfügung gestanden“, ohne Unterscheidung zwischen Teilzeit und Vollzeit (bis zu 10 Jahre Anrechnung für Erziehung/Pflege)	
Finanzierung	• Rücklagen/Beitragsmittel		• Steuermittel	• Steuermittel	• Steuermittel
Betriebliche/Private Vorsorge	• Teilweise Anrechnung auf die Grundsicherung im Alter				
Rente mit 67	• Schrittweise Anhebung auf 67 Jahre bis 2029 • Verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten bei vorgezogenem Rentenbezug	• Rente ab 60 mit versicherungsmathematischen Zu- und Abschlägen, Abschaffung von Hinzuverdienstgrenzen	• Wenn mindestens „die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt“ ist • Abschlagfreie Rente ab 63 Jahren für Personen mit 45 Versicherungsjahren • Finanzierung über Beitragsmittel	• Abhängig von Beschäftigungsentwicklung und Gesundheitsmanagement in Betrieben • „Flexible Übergänge“ finden	• Rückkehr zur Rente mit 65 Jahren • Abschlagfreie Rente nach 40 Beitragsjahren, „spätestens“ ab 65 Jahren
Rentenniveau	• Absinken des Rentenniveaus bis 2030	• Absinken des Rentenniveaus bis 2030	• Konstanz des aktuellen Rentenniveaus bis 2020 • Finanzierung über Beitragsmittel	• Konstanz des aktuellen Rentenniveaus	• Rückkehr auf Rentenniveau vor Riester-Reform (Lebensstandardsicherung)
Kindererziehung	• Mütterrente: ein zusätzlicher Entgeltpunkt für Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren sind • Finanzierung über Rücklagen/Beitragsmittel		• Aufdehnung von Berücksichtigungszeiten • Finanzierung im Rahmen der Solidarrente aus Steuermitteln	• Stärkere Anrechnung von Kindereinerziehungszeiten	• bis zu 3 Jahre unabhängig vom Geburtsdatum des Kindes
Versicherungspflicht	• Altersvorsorgepflicht bislang nicht abgesichert Selbstständige bei freier Wahl der Vorsorgeform	• Keine Pflicht für bislang nicht abgesicherte Selbstständige, Zugang zu geförderter Privatvorsorge	• „Erwerbstätigenversicherung“ zunächst für bislang nicht abgesicherte Selbstständige, später einschließlich Beamte	• „Bürgerversicherung“ einschließlich Selbstständige und Beamte	• „Erwerbstätigenversicherung“ (einschließlich Selbstständige und Beamte)

Ursprungstext: Wahlprogramme der Bundestagparteien

Doch die Gesetzliche Krankenversicherung wird nicht dadurch effizienter, dass ihre Fehlanreize auf 9 Millionen bislang Privatversicherte übertragen werden. Vielmehr sinkt dann der Druck für Kassen, Therapeuten und Kliniken, die Versorgung möglichst günstig anzubieten.

Pflegeversicherung. Die Linken möchten die Pflege komplett aus Steuermitteln finanzieren. Das dürfte dem zukünftigen Finanzminister die Schweißperlen auf die Stirn treiben. Denn gleichzeitig soll eine Vollversorgung gewährleistet werden.

Rentenversicherung. Die Linkspartei will zur Sicherung des Lebensstandards im Alter zurückkehren und alle bisherigen Reformen einkassieren. Zudem soll es eine Nettorente von mindestens 1.050 Euro pro Monat geben. Mittelfristig soll die Renten- zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, also auch Beamte und Selbstständige einbeziehen.

Teure Mitnahmeeffekte

Aber auch CDU/CSU, SPD und Grüne geben sich großzügig. Die Bürgerlichen wollen mit der Mütter- und der Lebensleistungsrente vor Altersarmut schützen. Ihre Kernidee: Wer ein Leben lang gearbeitet, überdies zeitweise Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll im Alter eine Versorgung oberhalb der Grundsicherung garantiert bekommen - unabhängig vom Einkommen des Ehepartners und dem gemeinsamen Vermögen. Den Beitragszahlern drohen damit teure Mitnahmeeffekte.

Kernaussagen in Kürze:

- Im September wird abgestimmt: In der Gesundheitspolitik wollen SPD, Grüne und DIE LINKE eine Bürgerversicherung einführen.
- Die Linkspartei will mittelfristig die Renten- zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen, also auch Beamte und Selbstständige einbeziehen.
- Seit 1991 sind die GKV-Ausgaben pro Kopf um 97 Prozent gestiegen - weitaus stärker als die beitragspflichtigen Einkommen.